

Dr. Tobias Lindner

- (A) Meinen vierten und letzten Punkt könnte ich überschreiben mit: Anwendung von gelernten Fähigkeiten, Merkfähigkeit oder Teamfähigkeit. Meine Fraktion hat im Haushaltsausschuss einen Antrag zu Open Source eingebracht. Darin geht es darum, dass wir dann, wenn wir staatliche Fördergelder für die Forschung bereitstellen, wollen, dass die Ergebnisse in einer Datenbank gesammelt werden und öffentlich zugänglich sind und nicht ausschließlich in teuren Fachjournals publiziert werden. Das Problem ist: Wir haben diesen Antrag fast wortwörtlich abgeschrieben. Ich will hier gern gestehen, dass er durchaus ein Plagiat sein mag. Wir haben in diesem Antrag eine Forderung aus der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ übernommen. Wenn ich es richtig im Kopf habe, dann hat die Koalition diese Forderung dort mitgetragen. Im Haushaltsausschuss konnten Sie sich anscheinend nicht mehr daran erinnern. Ich bedauere sehr, dass Sie diesen Antrag abgelehnt haben.

Ich komme zum Schluss. Sie wollen mit dem Etatentwurf 2013 ein letztes Mal Rekordausgaben präsentieren. Mehr Geld allein macht nicht glücklich. Sie setzen die falschen Schwerpunkte. So wird das nichts mit der Bildungsrepublik, Frau Ministerin. Angesichts dieser Leistung ist Ihre Versetzung im nächsten Jahr akut gefährdet. Wir Grüne haben aufgezeigt, wo wir es besser gemacht hätten. Dem sind Sie nicht gefolgt, und deshalb lehnen wir Ihren Etatentwurf ab.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bundesministerin Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der größte Anteil der Wertschöpfung in Deutschland basiert auf Forschung. Es ist die erste Leitlinie für Forschungs- und Innovationspolitik in Deutschland, Sorge dafür zu tragen, dass diese Politik konzeptionell so angelegt ist, dass dieser Anteil stark ist, sich weiterentwickeln kann und dass damit auch in Zukunft Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum vorhanden sind.

Die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern, gehört zu den vornehmsten Aufgaben einer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die zweite Leitlinie für unsere Bildungs- und Forschungspolitik ist, beim Thema Zukunftschancen stark zu sein und Sorge dafür zu tragen, dass junge Menschen in Deutschland gute Chancen bekommen.

Wissenschaftssysteme überall in der Welt werden immer stärker auf Internationalisierung ausgerichtet. Eine Wissenschaftsnation, die etwas auf sich hält, trägt Sorge

dafür, dass der eigene Wissenschaftsstandort für die anderen starken Wissenschaftsstandorte attraktiv ist. Die dritte Leitlinie unserer Bildungs- und Forschungspolitik ist, dafür zu sorgen, dass Deutschland ein starker, relevanter Forschungsstandort ist, an den Forscher und Forscherinnen aus aller Welt kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese drei Leitlinien – die Basis für künftige Wertschöpfung, die Signale an die junge Generation und die Internationalisierung, um attraktiv zu sein – haben diese Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen in dieser Legislaturperiode verfolgt. Davon zeugt dieser Haushalt. Davon zeugen insgesamt vier Haushalte. Das sagt Ihnen jeder in der Szene. Das wissen Sie auch; manchmal sind Sie sogar dabei, wenn das gesagt wird. Das wird überall in der Welt gesagt. Das führt bei uns überhaupt nicht dazu, dass wir uns irgendwie selbstgerecht zurücklehnen. Die Arbeit ist viel zu spannend, als dass wir, die Union oder die FDP, sagen würden: Wir haben jetzt alles getan, was man tun muss. – Vielmehr wissen wir längst, was die nächsten Schritte sind. Wir diskutieren darüber. Sie allerdings lamentieren, unentwegt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann das ja verstehen. Es ist gar nicht schlimm.

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Das ist schon schlimm! Das ist unerträglich!)

Das kann man in der Opposition. Das fällt kaum auf. Es stört auch keinen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es stört überhaupt nicht. Aber ich finde das schon bedauerlich. Wir stehen jetzt zehn Monate vor einer Bundestagswahl, und die SPD ist vollkommen im Wahlkampfmodus, bei allem. Sie haben einfach umgeschaltet. Statt jetzt zur Kenntnis zu nehmen, dass in solch schwierigen Zeiten, wie wir sie haben – in Europa, aber auch global; ich denke nur an das Thema „Zukunftschancen der jungen Generation“ – –

(Zuruf von der SPD)

– Immer wenn Sie mir geholfen haben, habe ich das auch gesagt. Das war gar kein Problem. Aber was ich heute hier gehört habe, ist für eine kreative bildungs- oder wissenschaftspolitische Diskussion nicht gerade geeignet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich nehme das alles jetzt so zur Kenntnis. In der GWK, der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, gibt es auf der A-Seite kluge Minister und Ministerinnen, die mir unter vier Augen sagen: Wir würden das gerne machen. Sie haben ja recht. Es ist wichtig, dass wir den Art. 91 b Grundgesetz ändern. Es ist wichtig, dass wir die Lehrerausbildung wechselseitig anerkennen und mit der Qualitätsoffensive beginnen können. Es ist wichtig, dass das, was vorgeschlagen wurde, durchgeführt werden kann. Aber wir befinden uns in einem Prozess, aus

(C)

(D)

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) dem wir nicht ausbrechen dürfen. Wir müssen dies alles erst einmal ablehnen.

(René Röspel [SPD]: Was erzählen Sie denn hier? – Klaus Hagemann [SPD]: Nennen Sie doch einmal Ross und Reiter!)

Das ist nicht gut für das Land und nicht klug in der politischen Auseinandersetzung. Das merken die Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Was schlagen Sie denn vor, um den Ländern mehr Möglichkeiten zu geben?)

Also, Sie sind im Wahlkampfmodus, spielen Verweigerung auf ganzer Linie. Ich nehme das zur Kenntnis. Wir werden die offenen Punkte überall ansprechen.

Ich komme jetzt zum Art. 91 b Grundgesetz. Das länderoffene Gespräch hat stattgefunden. Es sind vier Prüfaufträge vergeben worden: zwei für die Länder, zwei für den Bund. In der letzten Woche habe ich im Vorfeld der GWK auf die Frage, wie es mit der Prüfung auf der Ebene der Länder aussieht, nur die Antwort bekommen: Wir waren bei den beiden Prüfaufträgen nicht sicher, was wir da prüfen sollten. Es braucht alles noch Zeit. – Auf meine Frage, auf was sich die Länder, auf was sich die A-Seite und die B-Seite einigen könnten, gab es die Antwort: Sie wissen ganz genau, dass es keine Einigung auf der Ebene der 16 Länder gibt. Die einzig mögliche Einigung ist, dass der Bund Steuerpunkte abgibt und sich ansonsten heraushält. – Das kommt nicht infrage, weil das nichts mit Kooperation zu tun hat.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Was bieten Sie denn an? Sie reden über die Anforderungen an die Länder! Was hat denn die Bundesprüfung ergeben?)

– Wir haben ein Angebot gemacht. Das betrifft die Änderung des Art. 91 b.

(René Röspel [SPD]: Heißt das, für alle Hochschulen?)

– Natürlich heißt das: für alle Hochschulen.

(René Röspel [SPD]: Ach!)

Seit wann sind bei Bundesprogrammen Hochschulen von vornherein ausgeschlossen?

(René Röspel [SPD]: Da steht doch „Exzellenz“ drin!)

– Das sagen Sie. Das ist Ihr schwaches, von Ihnen immer wieder wiederholtes Argument. Sie können noch so oft in Deutschland über Exzellenz wettern. Der Standort Deutschland braucht Exzellenz, sonst wird er irrelevant in der Welt. Sie wissen außerdem, dass Zentren für islamische Studien, Gesundheitsforschungszentren und vieles andere überhaupt nichts mit Exklusivität zu tun haben, sondern dringend notwendige Impulse in unserem Wissenschaftssystem setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Das Etikett, dass ich nur eine Vorliebe für die Elite habe, habe ich schon so lange, dass es mich immer weniger stört.

Wenn Sie sich den Haushalt anschauen – damit komme ich zum zweiten großen Projekt –, dann wissen Sie, dass er nicht mit Eliteprojekten bestückt ist. Die Position Hochschulpakt enthält zum Beispiel für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 1,8 Milliarden Euro – 1,8 Milliarden Euro in einem einzigen Jahr zur Schaffung von Studienplätzen. Es sind, dieses Jahr einbezogen, in den vergangenen Jahren 500 000 neue Studienplätze an Hochschulen und insbesondere an Fachhochschulen entstanden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Nein, ich werde keine Zwischenfragen zulassen.

Nie war die Lust aufs Studieren so groß wie heute. Niemals zuvor hat eine Bundesregierung mit Unterstützung der sie tragenden Fraktionen so viel Geld in die Breite der Hochschulen, in die Grundfinanzierung der Hochschulen gegeben wie diese Bundesregierung. Nur, das Problem der Hochschulen ist doch nicht der Bund. Das Problem der Hochschulen ist, dass nahezu kein Land nachweisen kann, wie es die Kofinanzierung aufbringen will. (D)

(Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Richtig! Das ist das Problem! – René Röspel [SPD]: Wer senkt denn die Steuern?)

Wenn Sie den Hochschulen und den Studierenden in Deutschland etwas Gutes tun wollen, dann machen Sie Ihren Landesregierungen klar, dass sie die Gelder für die Hochschulen nicht kürzen dürfen, sondern erhöhen müssen, und zwar in dem Maße, wie es der Bund macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Sie entziehen den Landesregierungen das Geld und fordern dann noch etwas!)

Tatsache ist – da brauchen Sie sich gar nicht so zu echauffieren –, dass wir ein eindeutiges Verfahren zwischen Bund und Ländern vereinbart haben. Ende des Monats gibt es die Schnellmeldung. Dann wissen wir, wie viele junge Leute tatsächlich im Wintersemester ihr Studium begonnen haben. Dann werden sich die Staatssekretäre treffen und ausrechnen, was das mit Blick auf bislang Geplantes bedeutet und ob eventuell zugelegt werden muss.

Auch an dieser Stelle gibt es keinen graduellen, sondern einen fundamentalen Unterschied: Immer dann, wenn Schnellmeldungen ergeben haben, dass die Zahlen

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) größer sind als prognostiziert, hat der Bund bei den Mitteln zugelegt, und zwar jedes Jahr. Allein im Haushaltsjahr 2013 gibt es gegenüber der ursprünglichen Planung ein Plus von 660 Millionen Euro. Der Bund hat jedes Jahr zugelegt,

(Klaus Hagemann [SPD]: Das ist doch gut!)

die Länder aber nicht, und das ist schlecht, Herr Hagemann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Machen Sie doch Steuervorschläge! – Gegenruf des Abg. Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Ach, hören Sie doch auf, Herr Röspel!)

Wenn die Länder bei den Mitteln nie zulegen, dann führt das halt zu schwierigen Situationen an den Hochschulen.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Verweigerung führt zu gar nichts.

Wir hätten in Deutschland eine Supersituation, wenn jeder in dem Bereich, in dem er Verantwortung trägt, dafür sorgt, dass das, was vereinbart wurde, auch eingehalten wird. Es gibt viele Länder, in denen Sie Verantwortung tragen. Deutschland könnte ein Bildungsparadies sein, wenn die Länder in diesem Bereich so viel wie der Bund tun würden. Kümmern Sie sich also darum!

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Dann geben Sie ihnen das Geld!)

Über die Zukunftschancen der jungen Generation haben wir in der letzten Debatte gesprochen. Sie wissen, dass wir in Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit haben. Sie wissen, dass andere Länder unsere duale Ausbildung übernehmen wollen. Sie wissen um die Reduzierung im Übergangssystem. Alle Zahlen sind bekannt.

Jetzt zur Zukunft. Meine Partei wird in 14 Tagen einen Bundesparteitag abhalten.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Das interessiert uns nicht!)

– Was ich jetzt sagen will, könnte Sie schon interessieren, Frau Ziegler. Hören Sie mir doch einfach bis zum Ende des Satzes zu. – Dieser Bundesparteitag wird einen Beschluss fassen, in dem es heißt: Auch in Zukunft plus 5 Prozent für die Forschungsorganisationen in Deutschland.

(René Röspel [SPD]: Auf Pump finanziert, oder wie?)

Von Ihnen höre ich dazu überhaupt nichts. Die einen sagen: maximal 3 Prozent. Andere sagen wiederum: Das ist alles sowieso viel zu anstrengend.

(René Röspel [SPD]: Sie haben keine Antwort!)

– Lieber Herr Röspel, es zählen die Fakten, und es zählt die Akzeptanz. Politik besteht immer aus Sachgerechtigkeit und Akzeptanz. (C)

(René Röspel [SPD]: Und Buchhaltung!)

Über beides können wir uns nicht beklagen.

Wir haben eine Aufbruchsstimmung am Wissenschaftsstandort Deutschland. Es zeigt sich eine deutliche Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation. Das ist ein wunderbares Fundament, um genau in dieser Konstellation in Deutschland weiter Politik zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat Kollegin Agnes Alpers.

Agnes Alpers (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Schavan, Sie haben verschiedene Punkte angesprochen. Sie haben unter anderem gesagt, die Opposition leiste keine konstruktiven Beiträge und weigere sich, inhaltlich auf Art. 91 b einzugehen. Ich glaube, alle Oppositionsparteien hier im Bundestag haben ihren Beitrag dazu geleistet, das Kooperationsverbot aufzuheben und in eine Diskussion über ein Kooperationsgebot einzusteigen.

Ein wesentlicher Vorschlag in diesem Zusammenhang ist – Stichwort Art. 104 b Grundgesetz –, nicht nur ein Kooperationsgebot für Hochschulen, sondern für die gesamte Bildung zu schaffen. Ich finde es bedauerlich, dass Sie auf diese konstruktiven Beiträge der Opposition mit keinem Wort eingegangen sind. Im Übrigen halte ich Ihre Ausrichtung auf die Bildung in diesem Diskussionsprozess insgesamt für bedenklich. Da wir heute bei den Haushaltsberatungen sind, bitte ich Sie, ein Angebot zu machen. Welche Chancen, Perspektiven sehen Sie und welche konstruktiven Vorschläge können Sie vorlegen, um das Kooperationsgebot auf Art. 104 b Grundgesetz auszuweiten? Sie argumentieren, wie so häufig, folgendermaßen: Wir bieten Zukunftschancen für alle. – Sie haben vorhin gesagt, dass Sie auf Ihrem nächsten Bundesparteitag beschließen wollen, im Haushalt 5 Prozent mehr für Hochschulen draufzulegen. Das waren Ihre Worte. Meine Frage ist: Was wollen Sie denn für die 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren, die ohne Ausbildung sind, drauflegen? Wo ist da Ihr Schwerpunkt? (D)

(Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Die Kollegin hat sich doch für die Studenten eingesetzt!)

Werden Sie dazu auf Ihrem Bundesparteitag Lösungswege aufzeigen und konkrete Vorschläge machen?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Ministerin, wollen Sie reagieren?

(A) **Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ich reagiere kurz.

Erstens. Meine Angaben zum Bundesparteitag beziehen sich auf die jährliche Steigerung um 5 Prozent für sämtliche Forschungsorganisationen. Das ist ein zentraler Punkt.

Zweitens. Der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern – das Angebot ist längst erfolgt – gilt bis 2020. Die dritte Phase wird dann entsprechend den Prognosen ausverhandelt.

Drittens. Zur Frage, welches Angebot ich im Blick auf Art. 104 b mache: Wir reden hier nicht über mögliche Finanzhilfen in Notlagen, sondern wir reden über Kooperation.

(Agnes Alpers [DIE LINKE]: Gute Bildung für alle, Frau Schavan!)

Eine Kooperation zwischen Bund und Ländern lässt sich jedoch über Art. 104 b nicht regeln.

Darum war mein Angebot und damit auch das Angebot der Bundesregierung an die Bundesländer: Erstens gehen wir den Schritt, bei dem offenkundig bei den 16 Ländern und dem Bund Konsens besteht; das betrifft die Wissenschaft. Zweitens schaffen wir analog zum Wissenschaftsrat einen Bildungsrat mit zwei Kammern, der zunächst den Auftrag erhält, Möglichkeiten für eine Kooperation im Bildungsbereich auszuloten. Ich bin dazu bereit, aber man muss darüber diskutieren.

(B) (Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Handeln Sie oder diskutieren Sie?)

Der Bildungsrat wird seitens der Länder jedoch abgelehnt. Es wird immer gesagt, es gehe alles nicht schnell genug. Aber es würde schneller gehen, wenn man sich nicht einfach nur verweigern würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Klaus Hagemann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Hagemann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, Frau Ministerin, Sie haben recht: Es herrscht eine Aufbruchstimmung bei Bildung und Forschung in unserem Lande. Die Zahlen stimmen, zumindest im Hinblick auf die wachsende Zahl der Studierenden. Dieser Erfolg ist aber nicht in den letzten drei Jahren vom Himmel gefallen, darüber sind wir uns sicherlich einig.

(Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Das hat auch niemand gesagt!)

Das ist vielmehr ein Resultat der Arbeit von vielen Jahren, von unterschiedlichen Koalitionen, die das Ganze durchgesetzt haben. Ich schaue jetzt zu meinem Kolle-

gen Klaus-Peter Willsch. In der Großen Koalition haben wir vieles von dem durchgesetzt, was heute Anwendung findet. Ich frage mich nur: Was gehört davon eigentlich zu den klassischen Projekten von Schwarz-Gelb? Da bleibt nicht sehr viel übrig.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Geschichtsklitterung, die hier vorgenommen worden ist, zurückkommen. Wie war denn die Situation, als Rot-Grün 1998/99 die Verantwortung übernommen hat? Wie viel Geld wurde da ausgegeben für Bildung und Forschung? Es waren 7,2 Milliarden Euro. Als Rot-Grün abgelöst wurde, war der Bildungshaushalt – hier muss man das Ganztags-schulprogramm hinzurechnen – auf fast 10 Milliarden Euro gesteigert worden.

(Beifall bei der SPD)

Es war eine tolle Leistung – da können die Grünen jetzt ruhig mitklatschen –,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir das geschafft haben, nachdem Herr Rüttgers weg war vom Fenster und wir endlich eine progressive Bildungs- und Forschungspolitik machen konnten.

(Zuruf von der FDP: Bildungspolitisches Amenmärchen!)

Lieber Kollege Eckhardt Rehberg, ich möchte noch zu einem anderen Punkt Stellung nehmen. Sie haben vorhin gesagt, die jetzige schwarz-gelbe Koalition lebe davon, dass wir ein so gutes Wachstum haben. Ja, wir haben ein gutes Wachstum, wir hatten noch nie so viele Steuereinnahmen wie jetzt, nämlich 600 Milliarden Euro. Das ist richtig. Wir hatten aber auch noch nie so viele Schulden wie jetzt.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Da die Mehreinnahmen aus dem Wachstum für die Finanzierung Ihres Haushalts nicht reichten, ist die Verschuldung enorm gestiegen. Als Gerhard Schröder abgetreten ist, hatten wir eine Verschuldung von 68,5 Prozent, jetzt liegt die Verschuldung bei knapp 82 Prozent, nämlich bei 81,7 Prozent. Diese Koalition hat in den letzten drei Jahren für ein Mehr an Schulden in Höhe von 115 Milliarden Euro gesorgt. Auch das sollte man sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Warum hat sich das Wachstum so gut entwickelt? Weil wir 2009 ein Konjunkturprogramm aufgelegt haben und weil wir die Regelungen für das Kurzarbeitergeld verbessert haben, um die Krise zu überwinden.

(Beifall bei der SPD)

Bitte sagen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, dass Sie sozusagen noch heute davon leben. Das sollten Sie wirklich herausstellen.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Wie war das denn im Dreißigjährigen Krieg?)